



Samstag, 14. Februar 2026, 15:58 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Modernisierte Sklavenarbeit

Viele Millionen Frauen werden menschenrechtswidrig ausbeutet — und unsichtbar gemacht. Aufklärung ist nötig, der Widerstand dagegen muss vernetzt werden.

von Werner Rügemer
Foto: Tinnakorn jorruang/Shutterstock.com

*Millionen Frauen werden einer modernisierten
Sklavenarbeit unterworfen, die ständig ausgeweitet*

und gleichzeitig verdrängt wird. Sie wird vor allem von US-Konzernen in armen Staaten aller Kontinente organisiert. Dies gilt für Prostitution ohnehin. Und es gilt nicht nur für Textil- und Nahrungsmittelkonzerne, sondern in ungleich größerem Ausmaß auch für die Produktion der Digitalgeräte wie Laptops, Handys, für „Löscharbeiten“ in den (a)sozialen Medien, für E-Autos, für Roboter-Steuerung und KI-Tools (1). Ein Beitrag zur Sonderausgabe „**Frau, Mann, Macht**
(<https://www.manova.news/sonderausgaben/8>).

Zucker-Sklavinnen in Indien

Und selbst wenn kurzfristig eine besonders kriminelle Form der
Sklavenarbeit bekannt wird, in schon bekannten Bereichen, wird sie schnell verdrängt. Hier ein Beispiel: Die indischen Zuckerarbeiterinnen für Coca Cola, Pepsi Cola, Unilever, General Mills.

Der Anfang der Produktionskette für den Zucker in Indien sind kleine Plantagen. Die Arbeiterinnen hausen in den Zuckerfeldern. Die meist sehr jungen Frauen müssen ihre Gebärmutter entfernen lassen, damit sie nicht durch Schwangerschaften und Geburt die Arbeit unterbrechen. Die Operation müssen sie selbst bezahlen und sich dafür verschulden – so bleiben sie zusätzlich erpressbar, für Niedrigstlöhne ab 2 Dollar pro Tag. Und davon müssen sie jahrelang ihre Schulden abzahlen.

Korruptes Zertifikate-Geschäft: Bonsucro

Die Käufer des Zuckers wie Coca Cola und Unilever wissen das,

deshalb kaufen sie Zertifikate bei professionellen Zertifikat-Ausstellern. Diese bescheinigen: Die Lieferkette genügt „unseren sozialen Standards“. Damit gehen dann Coca Cola, Unilever & Co. vor die Öffentlichkeit: „Wir halten unsere soziale Standards ein“ – von den konkreten menschenrechtlichen Arbeits- und Sozialrechten der UNO/ILO sprechen sie sowieso nicht.

Im Fall dieser indischen Zuckerarbeiterinnen wurden die Zertifikate durch das Zertifikat-Unternehmen Bonsucro ausgestellt. Bonsucro heißt „Guter Zucker“: Bonsucro hat seine Methoden im größten Staat für die Zuckerproduktion entwickelt, in Brasilien, daher auch der Name. Das Zertifizierungs-Unternehmen hat seinen Sitz in London und hat selbst wieder eine Kette von bezahlten Zertifikat-Ausstellern vor Ort, die in den jeweiligen Staaten wie Indien Inspektionen durchführen.

Korrupte Zertifikat-Lieferkette

Aber was heißt „vor Ort“? Indien ist nach Brasilien der zweitgrößte Staat für die Zuckerproduktion, mit tausenden von kleinen und mittleren Plantagen: Das ist selbst ebenfalls eine Produktions-Kette. Der Begriff „Liefer“kette ist auch hier eine Verharmlosung, denn es geht um schwere körperliche Arbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen: Erst muss produziert werden, bevor geliefert werden kann!

Wenn ein Bonsucro-Inspekteur ein Zertifikat ausstellen soll, geht er zu einer der Plantagen, die ihm als Vorzeige-Plantage bekannt ist; diese führt den korrupten Inspekteur, nach Voranmeldung, zu einer Plantage, bei der jedenfalls an diesem Tag alles in Ordnung ist: Die Arbeiterinnen lächeln auftragsgemäß freundlich, und der korrupte Vorarbeiter bestätigt: „Sie sind sehr zufrieden“.

Bonsucro ist typisch für solche organisierte Berater-Korruption.

Bonsucro begann wie viele ähnliche Firmen als menschenrechtliche non profit-Initiative. Dann wurde sie zunächst vom World Wildlife Fund „unterstützt“, das heißt finanziert, und machte sich im nächsten Schritt, mit dem erworbenen Human-Kapital einer Menschenrechts-Initiative, zu einem profitablen, privaten Unternehmen – wie tausende NGO, die von den Foundations der Gates, Soros/Open Society, Carnegie, Lilly, Bloomberg & Co. finanziert werden.

Aufdeckung der Korruption – keine Folgen

Einmal unternahm, ungewöhnlicherweise, eine lokale indische Behörde eine eigene Überprüfung und befragte 82.000 Zuckerarbeiterinnen, dokumentierte diese Sklavenarbeit, daneben auch Kinderarbeit.

Das wurde kurzzeitig zum Skandal, wurde sogar 2024 zweimal in der New York Times berichtet: „How audits missed abuses in India's fields“, NYT 1. August 2024 und „Revelations roil sugar industry“, NYT 23. August 2024.

Aber diese Aufdeckung verlief in den USA und in England im Sande, wurde in der EU und in Deutschland nicht bekannt gemacht, weder durch Regierungen, noch durch die EU – aber auch nicht durch die ansonsten so skandalgierigen Leitmedien, die täglich die New York Times auswerten, auch nicht durch Initiativen, die sich seit Jahren bei „Lieferketten“ engagieren. Und – Funkstille auch bei den Frauen-Bewegungen.

Moderne Sklavenarbeit in den kapitalistischen Metropolen

Moderne Sklavenarbeit vor allem für Frauen gibt es natürlich auch in den kapitalistischen Staaten selbst, in den Metropolen: Von ihnen

geht ja diese Sklavenarbeit aus, und wird hier unsichtbar gemacht, nicht nur global, sondern auch national.

USA: Auch illegale Frauen als Stütze der Wirtschaft

Niedrigstlöhnerinnen – mit legalem wie illegalem Status – sind vor allem in den USA vielmillionenfach eine wesentliche Stütze der Wirtschaft, in den körperlich anstrengenden Arbeiten. Sie zahlen Steuern, gleichzeitig werden sie gezielt mit Ausweisung erpresst und in unsichtbarer Niedrigstlöhnerie gehalten.

Das gilt besonders für 22 Bereiche wie Bürodienste, fast food, Gastronomie, Agro, Lounge, medizinische Assistenz, Körperpflege, Privathaushalte, Heimpflege, häusliche Pflege, Tierpflege. Schon ein Vollzeit-Job führt dabei in die Armut, umso mehr die hier vorherrschenden Teilzeit-Jobs – erstmal Überleben mit ein paar food stamps, aber keine Krankenversicherung. Und es betrifft Frauen, die keine weiße Hautfarbe haben: Je tiefer der Status, desto direkter der damit verbundene Rassismus.

Und das ist unter freundlich lächelnden Präsidenten wie Bill Clinton, Barack Obama und Joe Biden genauso wie unter dem offenen Migranten-Verfolger Donald Trump: Seit 2014 ist der Anteil der Frauen an der menschenrechtswidrigen Niedrigstlöhnerie um 25 Prozent angestiegen. (2)

Deutschland: „Das Bordell Europas“

In der EU wie in Deutschland gilt millionenfache, menschenrechtswidrige Niedrigstlöhnerie etwa für den Bau, Lieferdienste, Security, Gastronomie, Saisonarbeit in der Landwirtschaft, Tourismus, häusliche Pflege. Das ist Routine, EU-Normalität. Viele dieser modernen Sklaven und Sklavinnen sind legal, die allermeisten illegal:

| In Deutschland waren vor der Pandemie 40.400

Prostituierte nach dem Prostituierten-Schutzgesetz angemeldet, nach der Pandemie 2024 waren es 32.300 – nicht angemeldet ist die zahlenmäßig nicht erfassste, verschwiegene Mehrheit, die schätzungsweise das Zehnfache beträgt. Seit und nach der Pandemie ist das Geschäft noch unsichtbarer, weil es aus Bordellen noch mehr in Wohnungen verlagert wird.

Diese jungen Frauen, sexuell ausgebeutet, aus prekären Verhältnissen, vielfach mafiotisch geführt, kommen vor allem aus Osteuropa einschließlich Ukraine und aus Asien – Deutschland wurde damit zum „Bordell Europas“, unter der viermaligen Kanzlerschaft einer angeblich emanzipierten Frau, der zudem christlich lackierten CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. (3)

Ukraine: Weltweit führend bei industrieller Leihmutterschaft

In vieler Hinsicht wurde die von den USA und der EU unterstützte Ukraine schon seit ihrer „Unabhängigkeit“ 1991 zum kapitalen „Leuchtfeuer“. Tausende Zulieferfirmen für westliche Auto-, Textil-, Pharma- und die Agrokonzerne nutzten und nutzen den gesetzlichen Mindestlohn, der bis 2019 unter 1 Euro pro Stunde lag.

So wurde die Ukraine auch zum globalen hot spot für industrielle Leihmutterschaft – und das geht auch im Krieg weiter. Die Armut und Arbeitslosigkeit vieler Frauen bietet ein unerschöpfliches Reservoir.

Vittoria Vita, La Vita Nova, Delivering Dreams oder etwas prosaischer BioTexCom – solche Agenturen für Leihmutterschaft in Kiew und Charkiw preisen weltweit ihre Dienste beziehungsweise ihre Frauen an. In Katalogen werden, für zahlungskräftige Ausländer, hübsche Ukrainerinnen angeboten. Vor allem aus den USA, Kanada, Westeuropa kommen die gutbetuchten Wunschkind-Touristen. (4)

Die Wunscheltern liefern in einer der Dutzend Spezialkliniken Ei und Samen ab. Die werden in der Retorte befruchtet. Dann wird der genetisch fremde Embryo der Leihmutter eingepflanzt. Diese Praxis wurde in den USA entwickelt und legalisiert, ist aber dort viel teurer: zwischen 110.000 und 240.000 Dollar. In der Ukraine ist das Verfahren noch weniger reguliert, auch deshalb viel billiger, auch weil hier zudem die Frauenkörper billiger zu mieten sind. So kostet ein gesund abgeliefertes Baby hier nur zwischen 39.900 und 64.900 Euro.

Die Preise unterscheiden sich, ob die Wunscheltern für ihr bestelltes Baby ein bestimmtes Geschlecht haben wollen oder nicht: Ohne Geschlechtswahl kostet es bei BioTexCom 39.900 Euro, mit zweimaligem Versuch auf das gewünschte Geschlecht 49.900 Euro, und bei unbegrenzten Versuchen 64.900 Euro. Zu den Angeboten gehört die Hotel-Unterbringung, die Ausstellung der Geburtsurkunde und des Reisepasses im zuständigen Konsulat.

Die Leihmutter bekommt während der Schwangerschaft eine monatliche Prämie zwischen 300 und 400 Euro, nach Ablieferung des Produkts wird die Erfolgsprämie auf bis zu 15.000 Euro aufgestockt. Bei Fehlgeburt, wenn das Kind behindert ist oder dessen Annahme verweigert wird, bekommen die Leihmütter nichts. (5)

Apple: Zehntausende Zulieferfirmen

Apple gehört im gegenwärtigen US-geführten Kapitalismus zu den allerreichsten Unternehmen, hinsichtlich der Gewinne und der Aktienwerte. Die größten Apple-Aktionärsgruppen sind die größten Kapitalorganisatoren wie BlackRock und Vanguard. Deren jährliche Milliarden-Gewinne kommen auch aus der globalen, millionenfachen Sklavenarbeit.

21 Millionen Beschäftigte in 1.121 Zulieferfirmen

Die Zahl der für Apple eingesetzten Sklavenarbeiter ist unbekannt, sie wird von Apple selbst verheimlicht. Keine staatliche Aufsichtsbehörde kümmert sich darum.

Apple berichtete einmal eine Teil-Überprüfung der Arbeitsrechte in 1.121 Zulieferfirmen in 53 Staaten. Hier haben 21 Millionen Beschäftigte eine Aufklärung über ihre Rechte erhalten, heißt es. (6) Diese sehr niedrigen Rechte entsprechen nicht den menschenrechtlichen Arbeitsrechten der UNO und der ILO. Die von Apple selbst definierten Rechte besagen zum Beispiel: Pro Woche dürfen bis 60 Stunden gearbeitet werden; alle 7 Tage gibt es einen Ruhetag; die Löhne sollen „angemessen“ sein.

Wie und ob die Einhaltung dieser wenigen, niedrigen und hinsichtlich der Löhne diffusen Rechte vor Ort behördlich überprüft wird, berichtet Apple nicht. Apple bevorzugt solche Staaten beziehungsweise Regionen und Sonderwirtschaftszonen, in denen keine Kontrollen stattfinden.

Apple: Zehntausende Lieferfirmen

Apple hat „globale Lieferketten mit zehntausenden von zuliefernden Unternehmen auf nahezu allen Kontinenten... und mehr als 800 Zulieferer in Deutschland“. (7) Ein Jahrzehnt lang, seit Beginn 2009, hat Apple seine iPhones zuerst in China herstellen lassen. Denn dort waren die Löhne sehr niedrig, entsprechend der postkolonialen Ausgangslage. Sie wurden und werden aber in China schrittweise und nachhaltig angehoben, gegen den heftigen Widerstand von Apple & Co. (8)

Deshalb flieht Apple seit einem Jahrzehnt so schnell wie möglich aus China. Deshalb werden die iPhones seit der Variante iPhone 12 immer mehr in Indien hergestellt. Jetzt ist Apple beim iPhone 17.

Taiwan: Entwicklung der modernsten Sklavenarbeit

Apple hat keine einzige eigene Fabrik. Apple beauftragt die drei größten Auftragsfertiger der Welt im Bereich der Mikroelektronik- und Digital-Industrie: Das sind die Konzerne Foxconn, Pegatron und Wistron.

Sie haben ihren Sitz in Taiwan. Im US-Protektorat Taiwan wurde seit den 1980er Jahren zunächst unter Kriegsrecht im Auftrag der Silicon Valley-Konzerne die modernste industrielle Sklavenarbeit entwickelt.

Danach haben Foxconn, Pegatron und Wistron immer mehr Filialen in anderen Staaten eingerichtet: In Japan, Südkorea und zunächst vor allem in China – aber von da jetzt flüchtend nach Vietnam, auf die Philippinen, nach Thailand, Laos, vor allem aber im großen Stil nach Indien. (9)

Foxconn: Weltführer für moderne Sklavenarbeit

Foxconn ist der größte Konzern Taiwans mit 1,2 Millionen eigenen Angestellten.

Das zunächst in Taiwan selbst entwickelte Modell der modernsten industriellen Sklavenarbeit wird dort auch heute, in kleinerem Umfang, weiter beibehalten, auch in dortigen Chipsfabriken.

Gegenwärtig sind in Taiwan etwa 830.000 Arbeitsmigranten eingesetzt, mehrheitlich Frauen. Sie werden angeworben aus armen asiatischen Staaten wie den Philippinen, Vietnam, Indonesien und Thailand.

Sie haben gegenüber den regulären Beschäftigten in Taiwan, auch gegenüber den Foxconn-Beschäftigten, einen minderwertigen Status:

- Sie hausen zu zwölf in Hochbett-Zimmern.
- Sie dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren.
- Der Arbeitsvertrag läuft drei Jahre und wird nur bei Wohlverhalten verlängert.
- Sie zahlen in das Rentensystem ein, müssen aber Taiwan vor Antritt der Rente verlassen. (10)

Dieses ausgefeilte Muster wurde und wird von Foxconn, Pegatron und Wistron global exportiert. Sie organisieren ein wachsendes, unsichtbares Millionenheer an Sklavenarbeitern, global.

Foxconn hat die wichtigen Aufträge für die Digitalgeräte westlicher Konzerne: Für Laptops, Handys, Kopfhörer, Grafikkarten, multifunktionelle Armbanduhren, Sprechautomaten, zum Beispiel Alexa, Platinen, Netzteile, Konnektoren, Kühlkörper, Gehäuse, Spielekonsolen, mainboards. Die Aufträge kommen vor allem von den US-Digitalkonzernen, neben Apple von Nvidia, Microsoft, Facebook/Meta, Hewlett Packard, Dell, Intel, Amazon, Alphabet/Google, Cisco, Motorola, Netflix und so weiter, natürlich auch vom Militär.

Überwachte Massenunterkünfte

Foxconn & Co. halten die Sklavenarbeiterinnen in Tag und Nacht überwachten Massenunterkünften, in Mehrbettzimmern, vielfach mit Mehrstock-Betten, in Wohnkomplexen mit vielen tausend Sklavinnen. Die Wohnkomplexe sind von der Außenwelt abgetrennt und dürfen nur mit besonderer Erlaubnis verlassen werden. Die Benutzung von Handys ist verboten.

Foxconn besorgt auch das Essen und organisiert die täglichen Transporte von der Massenunterkunft zur Fabrik. Gearbeitet wird im Drei-Schichten-Betrieb, auch am Samstag.

iPhones für Apple in Indien

Dieses Muster wird heute vor allem in Asien praktiziert, insbesondere im bevölkerungsreichsten Staat der Erde, Indien: Er verfügt über das weltweit größte Reservoir an arbeitslosen, armen Menschen, meist junge Frauen. Sie werden für die körperliche Arbeit der Digitalindustrie bevorzugt.

Indien hat keinen einheitlichen Mindestlohn. Er beginnt bei 30 Cent pro Stunde und geht bis 1 Euro, je nach Teilstaat, Region und Sonderwirtschaftszone, dann auch unterschieden nach Branchen und Status der Beschäftigten. Kontrollen finden nicht statt: Die indische Regierung wirbt um Investoren, mit Niedrigstlöhnen, ohne Kontrolle.

Junge Frauen: 88 Cent pro Stunde, mit Abzügen

Die meisten indischen Fabriken betreibt Foxconn im Hindu-Teilstaat Tamil Nadu und dort in der Sonderwirtschaftszone der Stadt Chennai. In den unteren Rängen arbeiten nur Frauen, vor allem junge Frauen zwischen 18 und 23 Jahren. Sie werden durch beauftragte Agenturen aus den besonders armen Regionen Indiens herangeholt. Diese jungen Frauen werden von armen, kinderreichen Familien gerne abgegeben.

Foxconn zahlt einen Stundenlohn von 88 US-Cent: Die werden aber nur zum Teil ausgezahlt. Denn davon werden die Kosten für die schlechte Verpflegung, für die Massenunterkunft und für die täglichen Bustransporte abgezogen.

Krank und ausgetauscht nach drei Jahren

Der Drei-Schicht-Betrieb, die Kasernierung, die extrem eingeschränkten sozialen Beziehungen, die schlechte

Gesundheitsversorgung, das billige Essen, die täglichen Hin- und Her-Transporte zwischen Unterkunft und Fabrik, auch nachts – all dies macht die Frauen krank, erschöpft. Deshalb werden sie nach wenigen Jahren ausgetauscht, und die Arbeits-Agenturen schaffen neue junge arme Frauen heran. (11)

Dagegen können sich die Arbeiterinnen nicht wehren. Sie dürfen keiner Gewerkschaft angehören. Mehrheitlich haben sie keinen Arbeitsvertrag. Aber Gewerkschaften von außerhalb haben zum Beispiel 2021 einen Streik von mehreren tausend der insgesamt 17.000 Arbeiterinnen einer Foxconn-Fabrik in Chennai unterstützt: Die Arbeiterinnen verließen unerlaubt die Fabrik und blockierten Straßen. Daraufhin wurden die Massenunterkünfte etwas verbessert.

Trump: Produktion in die USA zurückholen! Apple folgt nicht.

Diese Art der Globalisierung wurde seit den 1990er Jahren durch die US-Regierungen gefördert, vor allem durch die Präsidenten der Demokraten-Partei, also William Clinton, Barack Obama und Joe Biden.

Zuletzt hatte Biden 2024 dazu ein Abkommen mit dem indischen Ministerpräsidenten Modi geschlossen: So baute Foxconn in Chennai ein neues, 12-stöckiges Hochhaus, mit Mehrbettzimmern für 37.000 junge Frauen. Wegen der Proteste haben die Zimmer jetzt nur noch 6 Betten und keine Mehrstockbetten mehr. (12)

US-Präsident Trump hat Apple aufgefordert, die Produktion der iPhones und der anderen Geräte in die USA zu holen – aber Apple & Co. haben kein Problem, die Forderungen ihres Präsidenten zu missachten: Sie haben seine Wahlkämpfe und dann auch seine Antrittsfeier als Präsident im Weißen Haus mitfinanziert. So geht die Sklaverei weiter, wie auch in den USA selbst.

US-Kapitalisten in Apple und Foxconn

Die Sklavenarbeit von Apple/Foxconn ist eine Organisationsform des modernsten, reichsten und brutalsten, des US-geführten Kapitalismus:

- Die größten Kapitalorganisatoren aus den USA sind die führenden Aktionäre von Apple, also BlackRock, Vanguard & Co. Sie sind natürlich auch die führenden Aktionärsgruppen, zum Beispiel in der Digital-, Rüstungs-, Fracking- und Energieindustrie.
- Und BlackRock, Vanguard & Co sind inzwischen auch, neben den Foxconn-Gründern aus Taiwan, führende Aktionäre von Foxconn.

Und das bleibt auch so, unabhängig davon, wie der US-Präsident heißt.

Ukraine: Wiederaufbau mit Mindestlohn 1,06 Euro

Unter US-Präsident Biden wurde BlackRock zu Beginn des Ukraine-Krieges Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine.

BlackRock-Chef Laurence Fink schwärmte deshalb beim Weltwirtschaftsforum 2023 in Davos: Wir glauben an den Sieg der Ukraine, und nach dem Krieg wird die Ukraine „ein Leuchtfeuer in der Welt für die Kraft des Kapitalismus“. (13)

Und BlackRock-Chef Fink gehört auch 2026 zum Ukraine-Verhandlungsteam der Trump-Regierung. Im nächsten Jahrzehnt soll BlackRock für das „kapitalistische Leuchtfeuer“ 800 Milliarden US-Dollar in der Ukraine investieren beziehungsweise koordinieren, auch für die neueste, jetzt auch weiter kriegserprobte Drohnen-Technologie. (14)

Außerdem: In der Ukraine ist der Null-Stunden-

Arbeitsvertrag zulässig: Arbeit auf Abruf. Da können die Zahl der Arbeitsstunden und das Arbeitseinkommen auch mal Null betragen. Entlassungen müssen nicht begründet werden.

Für den „Wiederaufbau“ versprechen Trump/BlackRock auch viele neue Arbeitsplätze. Deshalb wurde zum 1. Januar 2026 der gesetzliche Mindestlohn in der Ukraine erhöht: Jetzt beträgt er 1,23 Dollar pro Stunde, also 1,06 Euro (15): Ein „Leuchtfeuer“ – für BlackRock & Co.

Wie die moderne Sklavenarbeit bekannt machen, bekämpfen?

Die moderne Sklavenarbeit mit der Mehrheit an Frauen, jungen Frauen, gehört zum noch aggressiver gewordenen, kriegsvorbereitenden und kriegsführenden, US-geführten westlichen Kapitalismus, der damit noch aggressiver investiert: In der profitabel zerstörten Ukraine, im Kongo, im profitabel zerstörten Gaza- Streifen, laut Trump: „Die Riviera des Nahen Ostens“.

Gleichzeitig wird in der herrschenden Lügen-Produktion diese Sklavenarbeit tabuisiert, verschwiegen: Nicht nur von den Konzernen und ihren Aktionären, sondern auch von den Regierungen, von der EU, den Parteien, auch von den etablierten Gewerkschaften.

Aber in Indien und allen betroffenen Staaten sind Gewerkschaften, linke Parteien und Initiativen aktiv, auch international vernetzte Gewerkschaften wie UNIA, IndustriALL und UNI Global in der Schweiz.

Solche Initiativen gibt es in allen Staaten, auch in den USA genauso wie in den armen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In Deutschland ist seit vielen Jahren labournet Germany aktiv, das Dortmunder Gewerkschaftsforum, die Hamburger Gewerkschafts-Linke und andere. Solche gibt es auch in EU-Staaten, in West wie Ost, Nord und Süd. (16) Und wenn sogar Frauen-Bewegungen dazukommen?!

Wie sind gemeinsame Aktionen möglich? Sie würden sich gleichzeitig gegen die Kriege, Kriegsvorbereitungen und regime changes richten, die gegenwärtig von der US-Regierung unter Donald Trump angeführt und von ihren folgsamen Mit-Tätern wie dem deutschen BlackRock-Kanzler mitvollzogen werden.

Kampf für Arbeits- und Sozialrechte und dabei auch der Kampf gegen die ausufernde moderne Sklavenarbeit der Frauen – sie gehören zum Kampf für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit, Sicherheit!



Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, ist Mitbegründer von „Gemeingut in BürgerInnenhand“. Zuletzt erschien von ihm „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure“ 4. Auflage mit aktuellem Vorwort, Köln 2024. Weitere Informationen unter werner-ruegemer.de (<https://werner-ruegemer.de/>).